

## Nach Amoklauf in Graz: Politik plant drastische Waffengesetze!

Nach dem Amoklauf in Graz diskutiert die Politik über strengere Waffengesetze. Trauer, politische Gespräche und mögliche Maßnahmen folgen.



**Graz, Österreich** - In Graz, Österreich, hat ein tödlicher Amoklauf, bei dem elf Menschen, darunter junge Schüler und eine Lehrerin, ums Leben kamen, eine intensive Diskussion über striktere Waffengesetze ausgelöst. Der 21-jährige Täter verfügte über eine legal erworbene Pistole sowie eine Schrotflinte und hatte im vergangenen März einen psychologischen Test bei zivilen Behörden absolviert, der ihm den Zugang zu den Waffen ermöglichte. Dennoch stellte das Bundesheer psychische Instabilität fest, was Fragen zur Effektivität der bestehenden Regelungen aufwirft. Politiker aus verschiedenen Parteien setzen sich nun für Maßnahmen ein, die den Zugang zu Waffen erschweren sollen, während die FPÖ eine Verschärfung des Waffengesetzes als „Symbolpolitik“ abtut. Politische Gespräche

hierzu laufen im Bundeskanzleramt, und es wird erwartet, dass mögliche Gesetzesänderungen schnell erfolgen könnten, um solche Vorfälle in Zukunft zu verhindern. **5min** berichtet von diesen Entwicklungen.

In Reaktion auf die Tragödie herrscht in Österreich Trauer, begleitet von einer dreitägigen Staatstrauer, während die Flaggen auf Halbmast wehen. Bundespräsident Alexander Van der Bellen hat sich ebenfalls geäußert und die Notwendigkeit zur Überprüfung des Waffengesetzes betont. Das derzeitige Gesetz erlaubt es volljährigen EU-Bürgern mit Wohnsitz in Österreich, Schusswaffen zu erwerben, allerdings unterliegt der Handel strengen Kontrollen, wobei private Verkäufer nicht verpflichtet sind zu überprüfen, ob ein Waffenverbot vorliegt. Während die geltenden Regelungen für den Erwerb von Pistolen und weiteren Schusswaffen als wirksam erachtet werden, hat der Amokläufer diese Hürden offenbar erfolgreich überwunden, was die Politik vor neue Herausforderungen stellt. **Tagesschau** hebt hervor, dass die Durchfallquote bei den psychologischen Tests lediglich bei etwa 5% liegt, was die Diskussion über notwendige Anpassungen an den bestehenden Standards weiter anheizt.

## **Politische Reaktionen und Forderungen**

Grazer Bürgermeisterin Elke Kahr (KPÖ) fordert ein umfassendes Waffenverbot im privaten Bereich. Politische Parteien aller Couleur, abgesehen von der FPÖ, zeigen sich offen für Überarbeitungen des Waffengesetzes. Gespräche zwischen der ÖVP, der SPÖ und den NEOS sollen mögliche Änderungen schnell vorantreiben. Insbesondere die Diskussion über den Umgang mit Stellungsdaten für Waffenbesitzkarten und allgemeine Kriterien für den Waffenbesitz ist von zentraler Bedeutung. **Kleine Zeitung** hebt die international unterschiedlichen Regelungen hervor und vergleicht die waffenrechtlichen Bestimmungen in Österreich mit anderen Ländern, wobei Österreichs Waffengesetz in einem europäischen Kontext als relativ liberal gilt.

Die aktuellen Zahlen belegen, dass in Österreich 1.518.873 legale Schusswaffen registriert sind, bei einer Bevölkerung von knapp neun Millionen. Damit kommen 30 Schusswaffen auf 100 Personen. Diese hohe Anzahl an registrierten Waffen stellt einen anomal hohen Wert im europäischen Vergleich dar, insbesondere wenn man die Schätzung von mindestens einer Million illegalen Waffen in Österreich betrachtet. Das Waffengesetz unterscheidet zudem zwischen verschiedenen Kategorien, was die Komplexität des Themas weiter erhöht.

Details	
<b>Vorfall</b>	Amoklauf
<b>Ort</b>	Graz, Österreich
<b>Verletzte</b>	11
<b>Quellen</b>	<ul style="list-style-type: none"><li>• <a href="http://www.5min.at">www.5min.at</a></li><li>• <a href="http://www.tagesschau.de">www.tagesschau.de</a></li><li>• <a href="http://www.kleinezeitung.at">www.kleinezeitung.at</a></li></ul>

**Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](http://die-nachrichten.at)**